



NATO-Jubiläumsgipfel 2009 in Kehl (Deutschland) und Straßburg (Frankreich):

60 Jahre NATO sind 60 Jahre zu viel

Gemeinsame Erklärung zur Vorbereitung eines Gegengipfels der Friedensbewegung

Mit einem "Doppelgipfel" in Kehl und Straßburg will die NATO im Frühjahr 2009 auf der deutschen und französischen Seite des Rheins ihr 60. Jubiläum feiern. So lautet der Beschluss der 26 Staats- und Regierungschefs beim Gipfeltreffen Anfang April 2008 in Bukarest.

Die Friedensbewegung wird aus Anlass des Jubiläumsgipfels mit vielfältigen Aktionen der Information, mit Veranstaltungen und Demonstrationen, mit einem Gegengipfel für eine friedliche und gerechte Welt ohne NATO werben.

Am 4. April 1949 war der Vertrag zur Gründung der NATO von zwölf Staaten unterzeichnet worden. Deutschland war 1955 als 15. Mitglied der NATO beigetreten. Frankreich hatte die militärischen Strukturen der NATO 1966 verlassen.

Mit der Durchführung des Gipfels in Europa soll zum einen die Absicht des französischen Präsidenten Sarkozy honoriert werden, die französische Armee wieder in die militärischen Strukturen der NATO einzubringen. Zum anderen ist Straßburg Sitz des Europäischen Parlaments. Mit dem Gipfelereignis soll auch die Transformation einer zivilen Europäischen Union in ein Militärbündnis gewürdigt werden, das fest an der Seite der USA und der NATO steht. Mit dem Vertrag von Lissabon hat sich die Europäische Union inzwischen eine kontinuierliche Aufrüstungsverpflichtung auferlegt.

In Frankreich gibt es wenig Zustimmung für Sarkozys demonstrativen Schulterschluss mit den USA und der NATO. In Deutschland wächst die Skepsis gegenüber militärischer Aufrüstung.

Die NATO ist nach der Auflösung des Warschauer Paktes und dem Ende der europäischen Bipolarität zu einem historischen Anachronismus geworden. Zur Verteidigung wird sie nicht mehr gebraucht, weil ihr der Gegner abhanden gekommen ist. Was ihr bleibt und was sie vorantreibt, ist ihre territoriale Ausdehnung bis an die Grenzen Russlands und den pazifischen Raum sowie die Ausweitung ihrer militärischen "Zuständigkeit" weit über die ursprünglichen, im NATO-Vertrag definierten Grenzen hinaus.

Die NATO wandelt sich zügig weiter in ein weltweites Interventionsbündnis, wofür beim jüngsten Gipfel in Bukarest weitere Weichenstellungen vorgenommen wurden. Der sog. "Raketenschirm" der USA aus einer Radaranlage in Tschechien und zehn Abfangraketen in Polen wurde unter Dach und Fach gebracht. Diese angeblich gegen eine Bedrohung aus Iran gerichtete Rüstungsmaßnahme brüskiert Russland.

Dies umso mehr, als Kroatien und Albanien in die NATO aufgenommen wurden und der Beitritt der Ukraine und Georgiens lediglich zeitlich verzögert wurde. Die Beteuerungen des Westens, mit Russland auf der Basis gleichberechtigter und partnerschaftlicher Beziehungen koexistieren zu wollen, sind unglaubwürdig. Denn durch die Erweiterung wird der NATO-Ring um Russlands Westen immer enger. Eine neue Aufrüstungsrunde droht. Die Militärausgaben haben weltweit eine neue Rekordhöhe erreicht.

Schon heute tätigen die NATO-Staaten rund 70 Prozent der weltweiten Militärausgaben. Mit nur einem geringen Teil der hier verschwendeten Gelder ließe sich ein wesentlicher Beitrag zur Errichtung einer friedlichen und gerechten Welt leisten. Die NATO ist also nicht nur gefährlich und überflüssig, sie ist auch teuer.

Die Afghanistan-Strategie der Nato bleibt weiter auf den militärischen Sieg gerichtet. Das bedeutet die Fortsetzung des bisherigen militärischen Einsatzes mit einer unbedeutenden zivilen Komponente.

Dieser Kriegslogik entspricht auch die im Abschlussdokument von Bukarest angesprochene Verbesserung der militärischen Fähigkeiten der Nato. Es geht um die zügige Realisierung einer strategischen Überlegenheit des Westens gegenüber den potenziellen globalen Kontrahenten Russland und China.

Das im Vorfeld bekannt gewordene Strategiepapier „Towards a Grand Strategy for an Uncertain World“ propagiert die Bereitschaft zum atomaren Erstschatz und zu militärischen Interventionen. Die Autoren aus höchsten NATO-Kreisen betrachten ihr Papier als inhaltliches Angebot für ein neues Strategisches Konzept der NATO für den Gipfel 2009. Sie fordern in an Zynismus kaum zu übertreffender Weise eine „Eskalationsdominanz“ zur Sicherung der „westlichen Kultur“ und „Lebensweise“.

Die Gefahr eines Atomkrieges wächst laut Jahresbericht 2007/2008 des Internationalen Konversionszentrums (BICC in Bonn). Wörtlich heißt es, dass „die Vertragsparteien, die über Kernwaffen verfügen und die eigentlich einen Zeitplan für den schrittweisen Abbau ihrer Arsenale vorlegen sollten, de facto genau das Gegenteil tun – nämlich Zeitpläne für die Modernisierung ihrer Waffensysteme aufstellen“.

Der das Völkerrecht brechende NATO-Krieg gegen Jugoslawien 1999 war eine Zäsur der internationalen Politik nach dem Ende der Blockkonfrontation. Er demonstrierte den Beginn einer Epoche des offenen Einsatzes militärischer Gewalt zur Verwirklichung wirtschaftlicher und machtpolitischer Ziele, um die es auch in den Kriegen gegen Afghanistan und Irak geht. Der „Krieg gegen den Terror“ ist inzwischen selbst zum Terror geworden.

Die "Transformation der NATO" wirft eine Reihe politischer und völkerrechtlicher Fragen auf. Ihre „Sicherheitsstrategie“ reklamiert das Recht auf "präventive" Angriffskriege gegen jeden Staat der Welt, der im dringenden Verdacht steht, den internationalen Terrorismus zu unterstützen oder Massenvernichtungswaffen herzustellen bzw. weiterzugeben. Diese Strategie droht die Welt in einen chaotischen Zustand politischer Willkür und Instabilität zu stürzen.

Völkerrechtlich bedeutet diese Strategie einen Rückfall in die Zeit vor dem Völkerbund, vor dem Kellogg-Pakt 1928 (Ächtung des Krieges) und vor der Charta der Vereinten Nationen (1945), in der den Staaten ein striktes Gewaltverbot auferlegt wurde. Ein ganzes Jahrhundert der Entwicklung eines modernen zivilisierten Völkerrechts droht umsonst gewesen zu sein.

Die Friedensbewegung setzt sich dafür ein, mit der Logik der militärischen Abschreckung, Bedrohung und Kriegsführung zu brechen. Wir wollen eine UNO, die ihren friedenspolitischen Aufgaben gerecht wird, eine zivile Europäische Union und anstelle der NATO ein internationales Sicherheitssystem. Wir wollen vorbeugende Konfliktvermeidung, um Aufrüstung und Kriege, unwürdige Lebensbedingungen, soziale Ungerechtigkeiten und Missachtung der Menschenrechte zu überwinden. Und wir wollen die Einhaltung des Völkerrechts, wie es in der Charta der Vereinten Nationen verankert ist.

Der NATO-Vertrag von 1949 ist nur noch ein Fetzen Papier. Die logische Folge der Auflösung des Warschauer Vertrags, dem einstigen Militärbündnis der osteuropäischen sozialistischen Staaten, wäre 1991 die Selbstauflösung der NATO gewesen. Heute stellt sich die Frage der Auflösung der NATO erst recht, ist sie doch selbst zu einer Bedrohung der Welt geworden. Die Friedensbewegung vertritt entschieden den Standpunkt, dass die NATO einen historischen Anachronismus darstellt. Die NATO muss aufgelöst werden.

Berlin/Paris Juni 2008

Mouvement de la paix und Bundesausschuss Friedensratschlag



Sommet pour les 60 ans de l'OTAN en 2009 à Kehl (Allemagne) et Strasbourg (France)

Les 60 ans de l'OTAN sont 60 ans de trop

Déclaration commune pour la préparation d'un contre-sommet du Mouvement de la Paix

L'OTAN veut fêter ses 60 ans au printemps 2009 avec un double sommet de part et d'autre du Rhin à Kehl et à Strasbourg. C'est la décision prise par les 26 chefs d'Etat et de gouvernement lors du sommet de Bucarest en avril 2008.

Le 4 avril 1949, le traité qui fondait l'OTAN était signé par 12 états. L'Allemagne se joignit à l'alliance en 1955 en tant que 15^{ème} membre. La France quitta les structures militaires de l'OTAN en 1966.

Le déroulement du sommet-anniversaire en Europe est destiné d'une part à honorer l'intention du Président Sarkozy de réintégrer l'armée française dans les structures de l'OTAN. D'autre part, Strasbourg est le siège du Parlement Européen. Ce sommet doit donc aussi souligner la métamorphose d'une Union Européenne civile en une alliance militaire solidement rattachée aux Etats-Unis et à l'OTAN. Par le traité de Lisbonne, l'Union Européenne s'engage désormais à développer continuellement ses armements.

L'opinion française n'approuve pas la cohésion démonstrative de Sarkozy avec les Etats-Unis et l'OTAN. En Allemagne, le scepticisme augmente devant la montée des armements.

Depuis la dissolution du Pacte de Varsovie et la fin de la bipolarisation en Europe, l'OTAN est devenue un vestige de l'histoire. Elle n'a plus de raison d'être pour la défense puisque son adversaire a disparu. La seule chose qui lui reste et qui la pousse, c'est son extension territoriale jusqu'aux frontières de la Russie et jusqu'au Pacifique ainsi que le désir d'étendre son "ressort" militaire bien au-delà des frontières d'origine définies dans le traité de l'OTAN.

L'OTAN continue à se transformer en une alliance globale d'intervention militaire, pour laquelle de nouvelles options ont été prises lors du sommet de Bucarest. Le "bouclier" américain, fait d'installations-radar en Tchéquie et de 10 fusées d'interception en Pologne, y a été entériné. Cette mesure d'armement prétendument dirigée contre la menace iranienne brusque la Russie.

D'autant plus que la Croatie et l'Albanie sont devenues membres de l'OTAN et que l'adhésion de l'Ukraine et de la Géorgie n'est que temporisée. Les pieuses allégations de l'Occident de vouloir coexister avec la Russie sur la base de relations d'égal à égal sont peu dignes de foi car l'extension de l'OTAN serre un filet de plus en plus étroit à l'ouest de la Russie. La menace d'une nouvelle course aux armements se fait de plus en plus pressante. Les dépenses militaires mondiales atteignent de nouveaux records.

Les membres de l'OTAN représentent déjà plus de 70 % des dépenses militaires mondiales. En prenant une petite part de l'argent ainsi dilapidé, on pourrait apporter une contribution notable à la construction d'un monde pacifique et juste. Non seulement l'OTAN est dangereuse et superflue, mais elle coûte cher.

La stratégie de l'OTAN en Afghanistan vise toujours à la victoire militaire. Cela signifie la poursuite de l'engagement militaire avec une dimension civile insignifiante.

Cette logique de guerre est en accord avec les efforts militaires de l'OTAN évoqués dans la déclaration de Bucarest. Il s'agit là de mettre en place rapidement une supériorité de l'Ouest vis-à-vis des adversaires mondiaux potentiels représentés par la Russie et la Chine.

Le document stratégique diffusé en amont du sommet, intitulé "Towards a Grand Strategy for an Uncertain World", dit que l'OTAN est prête à employer la première l'arme atomique et à effectuer des interventions militaires. Les auteurs, qui appartiennent aux cercles dirigeants de l'OTAN, considèrent ce document comme une suggestion pour un nouveau programme stratégique de l'OTAN pour le sommet de 2009. Avec un cynisme difficile à surpasser, ils revendiquent une "dominance de l'escalade" pour assurer la sécurité de la "culture et civilisation occidentales".

Selon le rapport annuel 2007/2008 du Centre International de Conversion de Bonn (BICC), le danger d'une guerre atomique augmente. Il note : "les parties qui disposent d'armes nucléaires et devaient établir un calendrier de réduction progressive de leurs arsenaux, font en fait exactement le contraire – c'est-à-dire qu'ils font des plans de modernisation de leurs armements".

La guerre de l'OTAN contre la Yougoslavie en 1999, contraire au droit public international, a marqué une césure de la politique internationale après la fin de la confrontation des blocs. Elle a ouvert la voie d'une époque où la force militaire serait ouvertement employée pour atteindre des objectifs économiques et politiques, comme c'est le cas pour les guerres contre l'Afghanistan et l'Irak. La "lutte contre le terrorisme" s'est elle-même transformée en règne de la terreur.

Le "transformation de l'OTAN" soulève tout une série de questions politiques et de droit public international. Sa "stratégie de sécurité" s'arroge le droit de perpétrer des agressions "préventives" contre tout Etat du monde sérieusement soupçonné de soutenir le terrorisme international ou de fabriquer et/ou de vendre des armements de destruction de masse. Une telle stratégie menace de livrer le monde à un chaos d'instabilité et d'arbitraire politique.

Sur le plan du droit public international, c'est un retour à l'époque d'avant la Société des Nations, d'avant le Pacte Briand-Kellogg (1928, mise hors-la-loi de la guerre) et d'avant la Charte des Nations Unies (1945), par laquelle les Etats-membres s'engageaient à renoncer à la force. Un siècle entier d'efforts pour développer un droit international moderne et civilisé risque d'être réduit à néant.

Le Mouvement de la Paix se donne à fond pour en finir avec la logique de la dissuasion militaire, de la menace et de la guerre. Nous voulons une ONU qui fasse son travail en matière de politique de paix, une Union Européenne civile, et un système de sécurité international qui remplace l'OTAN. Nous voulons que les conflits soient évités par une prévention afin d'éliminer les armements et les guerres, les conditions de vie indignes, l'injustice sociale et la violation des Droits de l'Homme. Et nous voulons que le droit public international soit respecté, comme le stipule la Charte des Nations Unies.

Le Traité de l'OTAN de 1949 n'est plus qu'un lambeau de papier. Logiquement, la dissolution du Pacte de Varsovie, alliance militaire des Etats socialistes de l'Europe de l'Est, aurait dû être suivie de la dissolution de l'OTAN en 1991. Aujourd'hui, cette question est encore plus à l'ordre du jour car l'OTAN est devenue une menace pour le monde. Le Mouvement de la Paix est d'avis que l'OTAN est un anachronisme de l'histoire qu'il faut faire disparaître.

A l'occasion du sommet-anniversaire, le Mouvement de la Paix organisera de multiples réunions d'information, des conférences et des manifestations, ainsi qu'un contre-sommet pour un monde juste et pacifique sans OTAN.

Berlin/Paris, Juin 2008

Bundesausschuss Friedensratschlag et Mouvement de la Paix

**Sommerakademie der Friedensratschlags:
24. bis 27. Juli 2008 in Oberhof (Thüringen)**

Informationen und Anmeldung im Internet: www.sommerakademie-frieden.de